

## **Sicher, sozial und stark durch die Krise**

*In ganz Deutschland stellen explodierende Preise private Haushalte und unsere Wirtschaft vor enorme Herausforderungen. Die geopolitische Lage verschärft die Situation auch für unser Land und seine Bürgerinnen und Bürger unmittelbar. Tatsache ist: Viele Menschen können sich das normale Leben nicht mehr leisten! Sie haben Sorge vor Abstieg und Wohlstandsverlust. Wir müssen jetzt handeln. Es ist oberste Aufgabe der Bundesregierung dafür zu sorgen, dass die Menschen in unserem Land nicht ärmer werden. Als CSU sind wir die Stimme der Normalverdiener, die von explodierenden Preisen am stärksten betroffen sind. Mit einem 15-Punkte-Plan fordern wir die Bundesregierung auf, die Preisexplosion zu stoppen und die Teuerung wirksam zu bekämpfen, damit die Menschen in Deutschland entlastet werden und sicher, sozial und stark durch die Krise kommen.*

- 1. Reduzierung der Abhängigkeit von Energieimporten.** Wir müssen die Abhängigkeit von ausländischen Energieimporten schnellstmöglich verringern und gleichzeitig Versorgungssicherheit sicherstellen. Der Bund steht in der Pflicht, die sichere Versorgung mit Gas nicht nur für den Norden und Osten Deutschlands zu gewährleisten, sondern auch für den Süden. Deshalb muss der Bund auch dafür Sorge tragen, dass die für Süddeutschland wichtigen Gasspeicher in Österreich ausreichend gefüllt sind. Darüber hinaus fordern wir den Bund auf, die Energiepalette zu erweitern. Wir brauchen einen LNG-Turbo. Dazu gehört neben einer vereinfachten Genehmigung für Terminals im Norden ein Sümlink zu den LNG-Terminals beispielsweise in Italien. Dafür sollen auch bestehende Pipelines für Gas genutzt werden. Auch der perspektivisch nötige Transport von Wasserstoff nach Bayern muss sowohl über umgerüstete wie neue Wasserstoffleitungen nicht nur aus dem Norden, sondern auch aus dem Süden Europas sichergestellt werden. Wir fordern die Bundesregierung daher auf, ein grenzüberschreitendes Projekt zu initiieren, das die Versorgung mit Gas und Wasserstoff über den Süden sicherstellt.
- 2. Verlängerung der Laufzeit von Kernkraftwerken.** Es ist ein Fehler, die drohende Energielücke durch die Abschaffung der Kernkraft noch zu vergrößern. Die Bundesregierung riskiert einen Blackout mit massiven Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft. Statt Ideologie ist nun Pragmatismus gefordert: Neben dem Ausbau der Erneuerbaren Energien braucht es als Sicherheitsreserve daher eine befristete Verlängerung der Kernkraft. Die einseitige Priorisierung auf die Reaktivierung von Kohlekraftwerken wäre ein klimapolitischer Rückschritt und eine rein ideologische Entscheidung.
- 3. Massiver Ausbau der Erneuerbaren Energien.** Bayern erkennt seine Verantwortung bei der Energieversorgung der Zukunft und geht bei den erneuerbaren Energien voran. Wir sind bereits heute führend bei Wasserkraft, Sonne, Biogas und Geothermie. Und wir bauen weiter aus: Oberste Prämisse ist dabei, dass wir dafür alle Formen der Erneuerbaren Energien vorantreiben. Jedes Potenzial muss genutzt werden. Bis 2030 wird Bayern deshalb den Anteil der

Erneuerbaren verdoppeln. Die vom Bund beschlossenen Maßnahmen finanziert Bayern durch ihre Haushaltswirksamkeit für die Bundesländer bereits in erheblicher Weise mit. Die Bundesregierung muss ihre Ausbaubemühungen ebenfalls weiter stärken. Dabei gilt es, alle Energieformen in gleicher Weise zu fördern. Das Ausbremsen spezieller bayerischer Stärken, wie zum Beispiel der Wasserkraft oder der Weiterbetrieb bestehender Kleinwasserkraftanlagen, muss unverzüglich beendet werden. Außerdem wollen wir den Ausbau der Erneuerbaren Energien durch die Vereinfachung und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren fördern. Hier fordern wir die Bundesregierung auf, die Anstrengungen dazu auf europäischer Ebene zu unterstützen.

- 4. Steuersenkungen für Energieprodukte.** Wir fordern die sofortige Senkung der Stromsteuer für private Haushalte und die Wirtschaft auf das europäische Mindestmaß von 0,1 Cent pro kWh für Privathaushalte bzw. 0,05 Cent pro kWh bei betrieblicher Nutzung sowie eine spürbare Senkung der Energiesteuersätze auf Heizöl und Erdgas. Kurzfristig und befristet rufen wir die Bundesregierung dazu auf, einen ermäßigten Steuersatz von sieben Prozent auf Erdgas, Elektrizität und Fernwärme einzuführen. Zusätzlich braucht es eine Verstetigung und Erhöhung der steuerlichen Entlastung für den ÖPNV von 5 ct/l auf die derzeit europarechtlich möglichen 14 ct/l Diesel.
- 5. Ausweitung des Energiegelds auf alle Betroffenen.** Die Ampel-Regierung schließt diejenigen von der 300-Euro-Energiepauschale aus, die von Inflation und Preissteigerungen mit am härtesten betroffen sind: Die Rentnerinnen und Rentner, Studentinnen und Studenten, pflegende Angehörige und Menschen, die Kranken- oder Elterngeld bekommen, werden von der Bundesregierung alleingelassen. Das ist sozial ungerecht! Es braucht umgehend Nachbesserungen, damit auch diese Menschen bei den Energiepreisen entlastet werden.
- 6. Einführung eines Winterwohngelds.** Deutschland steuert auf einen harten und teuren Winter zu. Damit Menschen mit geringem Einkommen nicht von den Kosten erdrückt werden, schlagen wir die Erweiterung des Bezugsrahmens des Wohngeldes vor. Damit rufen wir ein Winterwohngeld ins Leben, das begrenzt auf sechs Monate an Haushalte ausgezahlt werden soll, die übermäßig belastet sind, um soziale Härten zu vermeiden. Wie beim Heizkostenzuschuss soll das Winterwohngeld durch den Bund getragen werden.
- 7. Mobilitäts-Garantie für den ländlichen Raum.** Das 9-Euro-Ticket löst die Probleme der Pendlerinnen und Pendler im ländlichen Raum nicht. Für sie muss die Pendlerpauschale rückwirkend zum Veranlagungszeitraum 2022 ab dem ersten Kilometer auf 38 Cent angehoben werden. Zukünftig ist die Pendlerpauschale – unter Berücksichtigung des jährlich steigenden CO<sub>2</sub>-Preises – dynamisch anzupassen, um auf steigende Spritpreise reagieren zu können. Dies wäre eine echte Mobilitäts-Garantie für den ländlichen Raum. Auch Arbeitnehmer brauchen

Unterstützung in der aktuellen Situation. Die Anhebung der steuerfreien Aufwandspauschalen, die Arbeitgeber ihren Arbeitnehmern für dienstliche Fahrten zahlen, müssen entsprechend angehoben werden.

- 8. Streichung der Steuern auf Grundnahrungsmittel.** Steigende Lebensmittelpreise sind eine große Belastung für viele Menschen in unserem Land. Die Krise darf nicht dazu führen, dass sich die Menschen das täglich Brot nicht mehr leisten können. Bis die Inflationsquote wieder ein Normalniveau erreicht hat, wollen wir deshalb die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel vorübergehend aussetzen. Zusätzlich wollen wir die Mehrwertsteuer auf regionale Produkte reduzieren.
- 9. Automatischer Ausgleich der kalten Progression.** Die kalte Progression ist eine heimliche und ungerechte Steuererhöhung, die insbesondere die Fleißigen bestraft. Gerade in Zeiten von massiv steigenden Preisen muss die kalte Progression bei der Einkommensteuer entschlossen bekämpft werden. Lohnerhöhungen dürfen nicht durch höhere Einkommensteuersätze aufgefressen werden. Als echte Inflationsbremse muss ein automatischer Ausgleich der kalten Progression im Steuersystem verankert werden. Zudem müssen die Grundfreibeträge bei der Einkommensteuer erhöht werden. Das schafft weitere effektive steuerliche Entlastung für die Mitte der Gesellschaft.
- 10. Stopp der EZB-Niedrigzinspolitik.** Wir begrüßen die längst überfällige Zinswende der EZB. Statt eines EZB-Sparmalus brauchen die Menschen einen Zinsbonus. Es ist die Kernaufgabe der Europäischen Zentralbank für Preisstabilität zu sorgen. Zu diesem Auftrag muss sie wieder zurückkehren, anstatt die EU-Länder über die Druckerpresse zu finanzieren.
- 11. Reform der Unternehmenssteuer für mehr Wachstum.** Wer im internationalen Bereich weiter vorne mit dabei sein will, muss die Weichen für Wachstum und Beschäftigung richtig stellen. Das bedeutet: Die Unternehmenssteuerbelastung muss sinken. Wir müssen zu einem wettbewerbsgerechten Unternehmenssteuerrecht kommen. Darüber hinaus führt eine niedrigere Unternehmenssteuer zu einem Durchbrechen der Preis-Lohn-Spirale, indem sich gestiegene Löhne der Arbeitnehmer weniger stark in den Endpreisen widerspiegeln. Zusätzlich regen wir auf nationaler und europäischer Ebene ein Bürokratiemoratorium an.
- 12. Preisgleitklausel für öffentliche Aufträge.** Unterbrochene Lieferketten und schwankende Preise bei Rohstoffen und Energie sorgen dafür, dass Aufträge für Handwerk, Mittelstand und Baugewerbe unkalkulierbar werden. Um das Risiko schwankender Preise auszugleichen, wollen wir für alle Projekte der öffentlichen Hand eine Preisgleitklausel einführen. Damit soll ein sicherer Rechtsrahmen für Unternehmen geschaffen werden, um Preisanpassungen aufgrund gestiegener Rohstoffpreise zu ermöglichen. Ziel der Preisgleitklausel ist es, das Risiko von

steigenden Rohstoffpreisen fair zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer zu verteilen. Dies darf gleichzeitig nicht zum Freibrief der Auftragnehmer auf Kosten des Staates werden und soll daher zeitlich befristet gelten.

- 13. Rückkehr zum ausgeglichenen Haushalt.** Die Ampel-Koalition versucht mit Schuldenakrobatik das Grundgesetz zu umgehen. Gerade erst hat der Finanzminister einen Haushalt vorgelegt, der Beträge im hohen Milliardenbereich an der Schuldenbremse vorbeischleust. Wir fordern eine Umkehr und Rückkehr zur Schuldenbremse als Erfolgsmodell und als Garant für Generationengerechtigkeit. Das Projekt Schwarze Null braucht einen Neustart: Ab 2023 muss die Schuldenbremse wieder eingehalten werden.
  
- 14. Stärkung der strategischen Autonomie unserer Wirtschaft.** Um die Resilienz der deutschen Wirtschaft zu stärken, müssen wir Schlüsseltechnologien und Schlüsselprodukte künftig vermehrt auch wieder in Europa produzieren. Nur so können unsere Unternehmen auf die gravierenden Störungen der globalen Lieferketten reagieren. Dafür unterstützen wir Schlüsseltechnologien im Rahmen europäischer Industriepolitik. Kleine und mittlere Unternehmen sollen mit einem Förder-Booster bei der Automatisierung ihrer Produktion unterstützt werden. Auf eine weitere Stilllegung von Ackerflächen muss vorerst verzichtet und ökologische Vorrangflächen müssen zur Anbaunutzung freigegeben werden.
  
- 15. Ausweitung des Freihandels.** Um dem allgemein steigenden Preisdruck zu begegnen, müssen wir immer global denken. Es gilt, ein erweitertes Angebot dadurch zu realisieren, dass bereits verhandelte Handelsabkommen wie CETA endlich beschlossen und umgesetzt werden, neue Handelsabkommen insbesondere mit den USA, dem Vereinigten Königreich, Australien, Neuseeland und dem gemeinsamen Markt Südamerika (Mercosur) geschlossen und keine neuen Handelshemmnisse aufgebaut werden. Wir brauchen neue Partnerschaften in Asien und im indopazifischen Raum. Dabei streben wir ökologische, soziale und ethische Standards an, die das Wirtschaftstreiben der Mitgliedsländer normieren und somit zum internationalen Goldstandard werden.